

Ausschuss für Inneres und Sport

(23. - öffentliche - Sitzung am 10. August 2018)

Beratungsthema:

- a) **Entwurf eines Reformgesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und anderer Gesetze**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/850](#)
- b) **Für ein Niedersächsisches Gefahrenabwehrgesetz ohne Symbolpolitik und Generalverdacht**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/828](#)

Der Ausschuss führte zu dem Gesetzentwurf und dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens
- Niedersächsischer Anwalt- und Notarverband im DAV e. V.
- Vereinigung Niedersächsischer und Bremer Strafverteidigerinnen und Strafverteidiger e. V.
- Nds. Richterbund
- Amnesty International - Themenkoordinationsgruppe Polizei und Menschenrechte
- Deutscher Gewerkschaftsbund - Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt
- Deutsche Polizeigewerkschaft
- Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB Landesverband Niedersachsen
- BDZ-Bezirksverband Hannover e. V.
- netzpolitik.org e. V.